

2. Beschluß über Festlegungen zur sozialen Sicherstellung von Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit
 - Auch den Angehörigen des Amtes werden ähnlich günstige Vorkaufsrechte für Häuser des ehemaligen MFS geboten
3. Beschluß zur Information über Ferienheime und Gästehäuser des Ministerrates
 - Dieser Beschluß enthält lediglich eine Kannbestimmung für die Nutzung durch die Bevölkerung.

Gleichzeitig bleibt die SED-PDS Eigentümer der Gästehäuser und Ferienheime, die nunmehr in Form von Hotels Einnahmen für die Parteikasse erwirtschaften.

Alle diese Beschlüsse wurden am 14. 12. 89 durch den Ministerpräsidenten unterzeichnet und sind seitdem in Kraft. Es gab zu ihnen keine öffentliche Information.

Einige Bürger der UUK sind als Vertreter der Opposition in der vom Runden Tisch geforderten Untersuchungsabteilung gegen Amtsmissbrauch und Korruption vom Ministerrat unter der Leitung von Prof. Dähn. Aufgrund zahlreicher Bürgerproteste haben Prof. Dähn als Regierungsbeauftragter und die UUK der Regierung am 4. 1. 90 und am 9. 1. 90 Vorschläge unterbreitet zum Abbau sämtlicher ungerechtfertigter Privilegien.

2. B.: - Sofortiger Verkaufsstop der betroffenen Häuser
 - Überführung der Betriebe in kommunales Eigentum, die bisher hauptsächlich zur Realisierung von Privilegien der Funktionäre dienen.

In der Regierungserklärung der Volkskammer am 11. 1. 90 blieben sämtliche Vorschläge der UUK unberücksichtigt. Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß Ermittlungen massiv verhindert werden. Bis heute werden Versuche gemacht, Strukturen zu verheimlichen und Zusammenhänge zu verwischen. Wir fragen, ist es ein Zufall, daß alle Regierungsbeauftragten zur Aufdeckung von Amtsmissbrauch und Korruption in den Bezirken Mitglieder der SED-PDS sind?

Wir waren am 4. 12. 89 bereit, zur Sicherung von Volksvermögen und zum Abbau von Privilegien mit der Regierung ein Zweckbündnis einzugehen. Wir müssen feststellen, daß unsere Arbeit als UUK zur Beruhigung der Bürger ausgenutzt wurde und wird.

Bis jetzt haben wir keine Unterlagen über den Besitz der SED, keine Kenntnis über die Revision aller Konten des Bereiches Kommerzielle Koordinierung und wir wissen nicht, ob die Devisen jetzt tatsächlich in den Staatshaushalt fließen. Die Einsicht in die vorhandenen Unterlagen über Grundstücke, Gebäude und Betriebe der SED und des MR wurde uns verweigert. Der Demokratisierungsanspruch der SED und der anderen alten Parteien wird sich daran messen lassen, ob diese Parteien bereit sind, ihre Vermögensverhältnisse öffentlich und nachprüfbar zu machen.